

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung !

Das Parlament ist heute aufgefordert zur Vertrauensabstimmung bezüglich des PPP-Schulbauprojektes zu debattieren.

Vertrauensabstimmung? Was ist das eigentlich? Ich beginne meinen heutigen Redebeitrag mit einigen Beispielen aus der jüngeren Vergangenheit.

Am 3. März 2010 verlor die ukrainische Regierungschefin Julia Timoschenko eine Vertrauensabstimmung im Parlament in Kiew. Damit musste sie nach ihrer Niederlage bei der Präsidentenwahl auch als Regierungschefin zurücktreten. Die Abgeordneten sprachen der 49-Jährigen nach einem langen Machtkampf in Kiew mehrheitlich das Misstrauen aus. 243 der 450 Parlamentarier stimmten gegen Timoschenkos Regierung. So nachzulesen in DiePresse.com.

Mit einer Vertrauensabstimmung im Senat hat der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi am 10. März ein umstrittenes Gesetz durchgedrückt und sich damit Luft in seinen Korruptionsverfahren verschafft. Angesichts des massiven Widerstands der Opposition, die zuvor über 1700 Einsprüche gegen das Vorhaben eingereicht hatte, stellte der 73-jährige Medienmogul die Vertrauensfrage – zum 31. Mal seit seiner Wahl im April 2008. Das berichtet n24.de.

Am 1. Juli 2005 nutzte der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, SPD, die Vertrauensfrage, um sich von seiner eigenen Mehrheit stürzen zu lassen mit dem Ziel, Neuwahlen einzuleiten. Die Geschichte hat gezeigt, dass dieser Plan nicht der gescheiteste war.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren !

Sie sehen, Vertrauensfragen können die Weltgeschichte bewegen und sind ein parlamentarisches Instrument, mit dem man nicht leichtfertig umgehen sollte.

Eine Vertrauensabstimmung ist ein Test, mit dem eine Regierung überprüfen kann, ob das Parlament die Politik der Regierung trägt. Da die Politik der Regierung im Allgemeinen von den Mehrheitsfraktionen unterstützt wird, kommt das Instrument der Vertrauensabstimmung in der Regel nur in drei Fällen zum Einsatz.

- Erstens, nach einer Regierungsbildung, um festzustellen, dass eine Regierung von einer Mehrheit der Parlamentarier getragen wird.
- Zweitens, wenn eine Regierung sich nicht mehr sicher ist, ob sie – wie

- im Beispiel Timoschenko – noch eine Mehrheit hat.
- Drittens, um die Mehrheitsfraktionen über eine Alles-oder-Nichts-Frage – wie im Beispiel Berlusconi – auf die Regierungspolitik einzuschwören.

Zurück von der weltpolitischen Bühne in unser kleines Parlament. Im vorliegenden Fall scheint es so zu sein, dass sich die Mehrheitsfraktionen in Sachen Schulbauten ohne Wenn und Aber hinter ihre Regierung stellen. Wir sollten uns also die Frage stellen, weshalb die Regierung auf eine Vertrauensabstimmung zurückgreift, obwohl sie weiß, dass ihr eine Mehrheit in diesem Hause gewiss ist.

Die Regierung kann doch davon ausgehen, dass die Mehrheitsparteien bei dieser Vertrauensabstimmung mit JA stimmen werden. Noch nie hat es ein Politiker von SP, PFF oder ProDG gewagt, seine Regierung an diesem Rednerpult zu kritisieren. Im Grunde ist die Vertrauensabstimmung also überflüssig, eine Farce. Eine Vertrauensfrage sollte nur dann gestellt werden, wenn das Resultat ungewiss ist. Dies ist aber hier nicht der Fall.

Ich habe im Vorfeld Herrn Minister Paasch gebeten, von dieser Inszenierung abzusehen, damit jeder Politiker hier im Hause zum PPP-Projekt Stellung beziehen kann ohne gleich mit der Vertrauensabstimmung eine Pistole auf die Brust gesetzt zu bekommen. Minister Paasch war bereit, diesen Vorschlag in der Regierung zur Sprache zu bringen. Leider hat er sich nicht durchsetzen können.

Was bei dieser regierungsinternen Besprechung herausgekommen ist, kann man übrigens in der Regierungserklärung nachlesen. Dort heißt es nämlich: „Aus Sicht der Regierung bedeutet eine zustimmende Haltung in dieser Frage nicht automatisch und notwendigerweise eine Zustimmung zur gesamten Regierungspolitik, lediglich zum PPP-Projekt in dem in dieser Erklärung dargestellten Kontext.“

Im weiteren Verlauf werde ich zeigen, dass die Regierung versucht, das Instrument der Vertrauensabstimmung zu missbrauchen, um die Oppositionsparteien in Verlegenheit zu bringen. Das wird ihr bei ECOLO natürlich nicht gelingen.

Bevor ich zum eigentlichen Kern meiner Argumentation komme, möchte ich noch einmal den Antrag der Regierung über die Vertrauensfrage in Erinnerung rufen. Dort heißt es: „Die Regierung bittet das Parlament um das Vertrauen für die weitere Fortführung des PPP-Projektes für die Eupener Schulen.“

Wir werden nächsten Monat also nicht über das PPP-Projekt abstimmen, sondern darüber, ob wir der Regierung zur Fortführung des PPP-Projektes das Vertrauen aussprechen können. Das ist ein bedeutender Unterschied. Das

Abstimmverhalten der ECOLO-Fraktion beruht auf dieser Unterscheidung.

ECOLO steht der Verwendung von PPP kritisch gegenüber. Die Vorteile einer PPP-Finanzierung liegen darin, dass die damit verbundene Schuld nicht der Gemeinschaft angelastet wird sondern in der Bilanz des Anbieters auftaucht. PPP erlaubt es also, ein riesiges Investitionsprogramm aufzulegen, ohne dass die Maastrichtkriterien zur Stabilität des Euro verletzt werden. Die Nachteile sind jedoch nicht unbedeutend. Während 25 oder 30 Jahren gibt die Gemeinschaft den Betrieb seiner Einrichtungen aus der Hand. Vertragsänderungen müssen nachverhandelt werden und sind potentiell kostspielig. Es gibt für die politischen Erben eines PPP-Vertrages kaum Handlungsspielräume.

Ganz allgemein gilt auch folgende Feststellung: Wenn der private Anbieter durch den PPP-Vertrag reichlich Gewinne einfährt, so hätte die Öffentliche Hand das Projekt wohl günstiger in Eigenregie gestalten können. Wenn der Private Verluste einfährt, so geht er entweder in die Insolvenz oder er versucht mit erpresserischen Methoden nachzuverhandeln. Dass es bei einem PPP-Projekt tatsächlich über 25 oder 30 Jahre zu einem dauerhaften Win-Win-Verhältnis kommt, ist alles andere als sicher.

Ich habe gerade unsere Sicht zu PPP-Projekten im Allgemein dargelegt. ECOLO hat jedoch im Fall der Eupener Schulbauten eine etwas differenziertere Haltung.

Einer der großen Vorteile von PPP ist – wie gesagt – die Möglichkeit viele Bauten gleichzeitig zu realisieren ohne die Maastrichtkriterien zu verletzen. Wer sich einmal die Eupener Schulen angeschaut hat, wird zu dem Schluss kommen, dass man besser bereits gestern mit dem Abriss und Neubau verschiedener Schulen begonnen hätte. 180.000 Liter Heizöl im Jahr für die Primarschule des Eupener Athenäums, das tut richtig weh. Den anderen Schulen geht es ähnlich.

Dass die Neubauten nun in Passivbauweise gestaltet werden sollen, lässt das Herz eines jeden Grünen natürlich höher schlagen. Auch die Bereitstellung der neuen schulischen Sportinfrastrukturen für Vereine und kulturelle Veranstaltungen scheint uns sinnvoll. Wir begrüßen ebenfalls die Entscheidung, dass die Großküche des RSI weiterhin ihr Konzept der regionalen und biologischen Küche beibehalten und sogar ihren Kundenkreis erweitern soll, indem sie auch andere Schulen bedient.

Unsere Zustimmung zu den Projekten ist aber nicht uneingeschränkt. Wir stellen uns die Frage, ob die Neubauten der ökologischen Vorreiterrolle des RSI gerecht werden. Dort gehört nämlich der schonende Umgang mit Ressourcen zum pädagogischen Konzept und kann nicht durch einen hohen

Grad der Automatisierung ersetzt werden.

Auch das ZAWM wird möglicherweise einiges an Gestaltungsspielräumen verlieren. Denn das neue Gebäude kann nicht mehr ohne weiteres durch eigene Kräfte der Entwicklung der Bedürfnisse angepasst werden.

Wir hätten auch gerne gesehen, dass hiesige Unternehmen stärker in die Projekte eingebunden würden. Dies war anscheinend bei der PPP-Schule im Rhein-Erft-Kreis kein Problem. Es sollte auch hier machbar sein.

Kopferbrechen bereiten uns ebenfalls die Einwände der Europäischen Kommission. Die Regierung wäre gut beraten, die Abstimmung zur Vertrauensfrage auszusetzen, bis die aufgeworfenen Fragen geklärt sind.

Schließlich – und das ist in unseren Augen die Kehrseite der Campusverdichtung – werden wir in Eupen möglicherweise mit Mobilitätsproblemen zu kämpfen haben, wie sie die Weserstadt noch nicht gekannt hat.

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen !

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist im Begriff, ein Jahrhundertprojekt zu stemmen. ECOLO ist kein Fan von Superlativen – der Ministerpräsident ist in der Nutzung dieses Stilmittels unangefochten die absolute Nummer 1 in der DG. Das soll ihm niemand nehmen.

Im vorliegenden Fall aber ist kein Superlativ übertrieben, denn schließlich wird die Regierung Mittel binden, die inklusive Finanzierungskosten weit über einen Jahreshaushalt hinausgehen. Allein dieser Umstand verdient eine besondere Betrachtung. Kein anderes Parlament in Belgien würde es wagen, ein einzelnes Investitionsprogramm aufzulegen, dessen Bausumme ohne Finanzierungskosten  $\frac{3}{4}$  ihres gesamten Jahresbudgets ausmacht.

Man stelle sich vor, die Französische Gemeinschaft würde ein ähnliches Programm auflegen. Es müsste 4 Milliarden € betragen.

Heißt das, dass die DG sich mit einem solchen Projekt finanziell übernimmt ? Diese Frage ist schnell beantwortet. Die Haushaltssimulation gibt uns Aufschluss. Nein, die DG übernimmt sich nicht. Ja, die DG kann sich dieses Mammutprojekt leisten. Allerdings hat die Haushaltssimulation einen Schönheitsfehler. Da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, stützt sich die Simulation lediglich auf Schätzungen. Eine definitive Bewertung kann also nur nach Vertragsabschluss vorgenommen werden.

Ob man das Projekt bei einer anderen Art der Finanzierung kostengünstiger

hätte gestalten können, lässt sich aus unserer Warte nicht beurteilen. Die Frage stellt sich auch nicht wirklich, da PPP die einzige Möglichkeit ist, alle Projekte sofort und gleichzeitig anzustoßen. Mit PPP hält sich außerdem der Verwaltungsaufwand innerhalb des Ministeriums in Grenzen. Dies ist auch ein Kostenvorteil.

Eine wichtige Überlegung in Sachen Finanzierung ist natürlich folgende. Welchen Anteil der Gemeinschaftsschulen deckt das PPP-Projekt ab und riskieren wir nicht, dass für die verbleibenden Gemeinschaftsschulen ein weiteres PPP-Projekt aufgelegt werden muss, das uns dann wirklich den Hals zuschnüren würde ?

Ich habe diese Frage in einer Ausschusssitzung gestellt und die Antwort war eindeutig. Die verbleibenden 3 Gemeinschaftsschulen – mit Namen das César Franck Athenäum in Kelmis, das Königliche Athenäum in Sankt Vith und die Förderschule in Bütgenbach – werden allesamt über klassische Finanzierungen oder aus Eigenmitteln instand gesetzt bzw. gebaut. Die Bausubstanz sei nicht vergleichbar mit der der RTG-Bauten in Eupen und die geographische Verteilung der Gebäude eigne sich nicht für ein PPP-Projekt. Es wird also wohl nicht so sein, dass wir in ein paar Jahren ein zweites großes PPP-Projekt stemmen müssten. Damit sind die letzten Zweifel an der Finanzierbarkeit des PPP-Projektes ausgeräumt- unter der Voraussetzung, dass die Kosten bei Vertragsabschluss auf dem Niveau der Schätzungen liegen, und unter der Voraussetzung, dass sich die wirtschaftlichen Parameter auch tatsächlich so entwickeln, wie angenommen.

Ecolo kann der Regierung nicht vorwerfen, mit Informationen geizig zu haben. Die Liste der Parlamentsdokumente, die sich mit PPP befassen, ist schier endlos. Allerdings – und das ist hier entscheidend – haben wir Parlamentarier weder die eingereichten Angebote und Pläne noch die Vertragsentwürfe gesehen. Wie – bitteschön – sage ich es meinen Wählern, wenn ich nächsten Monat einer Regierung das Vertrauen aussprechen soll in einem Infrastrukturprojekt, dessen Pläne und Verträge ich nicht gesehen habe ?

Der Unterrichtsausschuss hatte die Gelegenheit, verschiedene Standorte des PPP-Projektes in Eupen zu besuchen. Wir konnten uns darüber hinaus eine PPP-Schule im benachbarten Rhein-Erft-Kreis anschauen.

Der Erfahrungsaustausch mit dem zuständigen Referatsleiter des Schulträgers, Herrn Cremer, war überaus aufschlussreich. Zu den Erfolgsfaktoren dieses deutschen PPP-Projektes gehörte laut Herrn Cremer die Tatsache, dass die Politik einstimmig das Projekt getragen habe. Meine Frage, ob den Kreistagsabgeordneten denn Einblick in die Akten gewährt worden sei, wurde eindeutig mit JA beantwortet. In der Tat haben die mit dem

Projekt befassten Politiker eine Vertraulichkeitserklärung unterzeichnet, um zu vermeiden, dass das PPP-Verfahren durch Indiskretionen gefährdet wurde.

Leider hat unsere Regierung es versäumt, das Parlament der DG vertrauensvoll in das Projekt einzubinden. Wir haben keinen Plan und keinen Vertragsentwurf einsehen dürfen. Mit anderen Worten: die Regierung hat uns nicht vertraut. Aber heute bittet sie uns, ihr zu vertrauen. „Cherchez l'erreur“ sagt man im Französischen.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Sie werden es verstanden haben. Ecolo wird der Regierung nicht das Vertrauen zur Fortführung des PPP-Projektes aussprechen. Gerne hätten wir die Gelegenheit gehabt, uns ausschließlich zum PPP-Projekt zu äußern. Leider hat Herr Lambertz es vorgezogen, diese Diskussion mit der Vertrauensfrage zu verbinden, um uns Oppositionspolitiker in eine Zwickmühle zu bringen.

Diese Zwickmühle sieht folgendermaßen aus:

- Entweder stimmen wir dem Vertrauensantrag zu und müssen uns – auch wenn etwas schief läuft – sagen lassen, dass wir doch der Regierung vertraut haben. Damit berauben wir uns der Glaubwürdigkeit in unserer parlamentarischen Kontrollfunktion.
- Oder wir stimmen dagegen und werden dann in der Öffentlichkeit so dargestellt, als seien wir gegen das Schulbauprojekt. Das ist natürlich nicht der Fall.

Lange Zeit waren wir bei ECOLO der Meinung, wir sollten uns bei der Vertrauensfrage enthalten, um uns so aus dieser Zwickmühle zu befreien. Letztendlich sind wir aber zu dem Schluss gekommen, dass wir uns für das PPP-Projekt aussprechen können, ohne dieser Regierung automatisch dafür das Vertrauen zu schenken.

Um es also noch einmal ganz deutlich zu sagen: ECOLO ist für den Neubau bzw. die Renovierung der Eupener Schulen. ECOLO ist in diesem Fall sogar für die Nutzung der PPP-Finanzierung. ECOLO wird der Regierung für die Fortführung des Projektes trotzdem nicht das Vertrauen aussprechen. Dieses Vertrauen muss sich die Regierung schon bei den sie tragenden Mehrheitsparteien holen. Und ich zweifle nicht im Geringsten daran, dass aus dem Mund der Mehrheit nur Lobeshymnen zu hören sein werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.